

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk. bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk. für einen Monat 5.— Mk., Bestellschein vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Volkskassentor Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk. bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Freispruch der Marburger Arbeitermörder

Ein Regierungsbloch der Mittelparteien gesichert?

Berlin, 21. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Kabinettsbildung, bestehend aus Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei, kann als gesichert gelten. Im Laufe des heutigen Tages, spätestens aber morgen wird die endgültige Bildung des Kabinetts stattfinden. Die Deutsche Volkspartei hat in einer Sitzung, die sie am Sonnabend abgehalten hat, sich den Bedingungen der Demokratischen Partei fast genähert. Der Berliner Lokalanzeiger berichtet über die Erklärung, die die Deutsche Volkspartei in dieser Beziehung abgegeben hat, folgendes: „Die Fraktionsmitglieder der Deutschen Volkspartei lehnten es ab, eine Erklärung zu erteilen, die an der grundsätzlichen Stellungnahme der Partei etwas ändert. Dagegen haben sie einer Erklärung zugestimmt, die besagt, daß angesichts der Zusammenfassung aller Kräfte für den Wiederaufbau verfassungsmäßige Kämpfe zurücktreten müßten und infolgedessen der Wiederaufbau auf dem Boden der durch Gesetz festgelegten Verfassung sich vollziehen sollte. Diese Erklärung entspricht der von der Partei feierlich abgegebenen Erklärung, worin diese äußerte, auch unter Zurückstellung verfassungsrechtlicher Gegenstände zur Mitarbeit bereit zu sein. Die endgültige Entscheidung der Fraktion der Deutschen Volkspartei wird heute in einer nachmittags 3 Uhr beginnenden Fraktionssitzung fallen.“

Die Personalfragen sind, wie der Lokalanzeiger ebenfalls mitteilt, noch nicht endgültig geklärt. Als sicher nimmt man in den Kreisen der Deutschen Volkspartei an, daß der Abgeordnete Heintze ein Amt im neuen Kabinett übernehmen wird, während Stresemann und Kardorff den Eintritt in die neue Regierung abgelehnt haben. Als weiteren politischen Vertreter der Deutschen Volkspartei im Kabinett nennt der Lokalanzeiger den Abgeordneten Becker-Hessen, der eins der großen Wirtschaftskämter übernehmen sollte. Außerdem wird nach Mitteilung des Berliner Lokalanzeigers mit hervorragenden Vertretern des Wirtschaftslebens Verbindung gesucht, um diese möglicherweise zu einem Eintritt in das Kabinett zu veranlassen, da die Fraktion der Deutschen Volkspartei der Meinung ist, daß dieses Kabinett trotz seiner zahlenmäßigen Minderheit sich doch lange Zeit durchsetzen kann, wenn in ihm die geeigneten Persönlichkeiten vorhanden sind. Die Erklärung der Deutschen Volkspartei ist dem Präsidenten Fehrenbach zur Kenntnis gegeben worden und er hat sich damit einverstanden erklärt. Man nimmt im allgemeinen an, daß sowohl das Zentrum wie auch die demokratische Fraktion sich mit dieser Erklärung einverstanden erklären werden. Auch die Berliner Montagspost, die Montagausgabe des Verlags Ullstein, die sich in ihrer politischen Richtung ungefähr zwischen Demokratischer Partei und Deutscher Volkspartei bewegt, aber von früher her immer noch einige Fühlung mit den Demokraten haben dürfte, erklärt, daß die Formulierung der Erklärung der Deutschen Volkspartei den Voraussetzungen entspreche, die die Demokratische Partei als unerlässlich für ein Mitwirken in der Regierung bezeichnet habe.

Nach langem Zögern und Bangen, nach wochenlangem Verhandeln und Experimentieren scheint nun also die „Lösung“ der Frage der Regierungsbildung, die allen Beteiligten so juchzende Kopfschmerzen bereitet hat, bevorzustehen. Die Differenzen, die noch bis in die letzten Tage zwischen den Demokraten und der Deutschen Volkspartei bestanden, scheinen ausgeglichen zu sein. Zwar haben die Demokraten von der Stinnespartei nicht das rückhaltlose Bekenntnis zur Republik erlangt können, aber sie werden sich auch mit weniger zufrieden geben. Sie verlangen nur noch, daß sich die Deutsche Volkspartei auf den Boden der Weimarer Verfassung stellen und sich bereit erklären, diese Verfassung zu verteidigen zu helfen. Diesem Verlangen dürfte die von der Stinnespartei oben wiedergegebene Erklärung entsprechen und dann steht der Regierungsbildung durch die Mittelparteien nichts mehr im Wege. Einen Haken freilich hat die Sache noch: Die neue Koalition verfügt über keine Mehrheit. Insofern dürfte diese Schwierigkeit dadurch überwunden werden, daß die Rechtssozialisten der zu bildenden Regierung eine wohlwollende Duldung erteilen werden. Die Rechtssozialisten werden also nicht selbst in ein Kabinett mit Mitgliedern der Stinnespartei eintreten, aber sie werden der nach rechts hin erweiterten Koalition in wohlwollender Neutralität gegenüberstehen und so der neuen Koalitionsregierung indirekt ihre Unterstützung leisten. Uebrigens wird die neue Koalition eine Verstärkung erhalten durch die Bayerische Volkspartei. Diese hat sich nach der

Mugaburger Postzeitung grundtätlich, bereit erklärt, ein Kabinett Fehrenbach zu unterstützen; jedoch sollen ihm Bedingungen gestellt werden, die aber rein sachlicher Natur seien und eine geeignete Grundlage der Zusammenarbeit abgeben würden. Die Forderung, in der neuen Regierung vertreten zu sein, habe die Bayerische Volkspartei nicht gestellt, sie stehe vielmehr auf dem Standpunkt, daß sachliche Mitarbeit das Gebot der Stunde sei.

Die Gemeindevahlen in Großberlin.

Berlin, 21. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die gestrigen Wahlen zum Parlament der neuen Groß-Berliner Gemeinde fanden unter starker Wahlmüdigkeit statt. Alle Parteien haben einen fast gleichmäßigen Rückgang der Stimmen gegenüber der Reichstagswahl zu beklagen. Soweit die Teilergebnisse bereits erkennen lassen, hat sich in dem Stärkeverhältnis der Parteien seit der Reichstagswahl so gut wie nichts geändert. In allen Kreisen markiert die U.S.P. mit einem riesenhaften Vorsprung, der oft mehr als das Dreifache beträgt, an der Spitze aller Parteien.

Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen erhalten die einzelnen Parteien:

U.S.P.	500 000	Stimmen
S.P.D.	210 000	„
Demokraten	85 000	„
Deutschnationale	150 000	„
D.D.P.	200 000	„
Christl. Verein	50 000	„

Die Frauenpartei bekam nur ganz wenige Stimmen. Das Resultat ist noch nicht endgültig. Die Zahlen können sich noch wesentlich ändern.

Die Landtagswahlen in Groß-Thüringen.

Weimar, 20. Juni. Die heute vorgenommenen Wahlen zum ersten Landtage für Groß-Thüringen haben aus den 14 größten Städten folgendes vorläufige Ergebnis gebracht: Vereinigte Reichsparteien 49 167 Stimmen, Demokraten 14 521 Stimmen, Mehrheitssozialisten 31 594 Stimmen, Unabhängige 42 242 Stimmen, Kommunisten 1195 Stimmen, Bauernbund 1297 Stimmen. Das ganze Land steht noch aus.

Der Generallstreik in der Pfalz.

Ludwigsha., 19. Juni. Der Generallstreik wird nur zum Teil durchgeführt. Alle lebenswichtigen Betriebe müssen aus Anordnung der französischen Behörden arbeiten, ebenso die städtischen und staatlichen Beamten, denen im Weigerungsfalle die Abschiebung auf das rechte Rheinufer angedroht wird. Die Läden in der Stadt sind geschlossen; die Straßenbahnen verkehren nicht. Dagegen wird der Eisenbahnbetrieb zum Teil aufrechterhalten. Die Ruhe in der Stadt war nirgends gestört. Die Zeitungen erscheinen nicht. — Am Sonnabendnachmittag wurde auf Befehl der französischen Behörde von der Eisenbahndirektion dem Eisenbahnpersonal Befehl gegeben, daß es für die französische Behörde beschlagnahmt sei und daß Verweigerung des Dienstes durch die Kriegesgerichte abgeurteilt werde. Auch für die städtischen Beamten ist diese Beschlagnahme für den öffentlichen Dienst angewandt worden. Nach einer Verfügung der Internationalen Kommission vom 14. Oktober 1919 war das deutsche Eisenbahnpersonal nicht mehr requiriert, es hatte nur Befehle für militärische Zwecke zu befolgen.

Einschränkung der Versammlungsfreiheit im Rheingebiet.

Koblenz, 20. Juni. Die Rheinlandkommission hat dem Delegierten für den Regierungsbezirk Düsseldorf und dem Kreisdelegierten in Metz das Recht erteilt, für einen Monat alle Versammlungen und Menschenansammlungen zu verbieten, die die Sicherheit der Truppen zu gefährden geeignet sind. Ebenso kann der Aufenthalt auf der Straße verboten werden.

Proteststreiks gegen den Steuerabzug.

Berlin, 21. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus dem Reich kommen die ersten Meldungen über drohende Steuerstreiks gegen die Einführung des zehnprozentigen Steuerabzugs.

Ende des Elektrizitätsarbeiterstreiks in Halle.

Halle, 21. Juni. (H.) Der Streik der Elektrizitätsarbeiter ist gestern beigelegt worden. Die Arbeit soll heute wieder aufgenommen werden.

Unruhen im Trentino.

Zürich, 18. Juni. Aus Bozen wird der Neuen Züricher Zeitung gemeldet, daß die Unruhen im Trentino fortdauern. In Ambiseno wurden zwei Kasernen durch Aufständische besetzt. In Brentonico ermordeten die Aufständischen das Rathaus und verjagten den königlichen Kommissar. In Rovereto rissen sie die Tricolore vom Rathaus herunter. In Trient hat es vier Tote gegeben.

Das Marburger Schandurteil.

Marburg, 19. Juni. In der Kriegesgerichtsverhandlung gegen die Marburger Zeitfreiwilligen wegen Erschießung der Thaler Gefangenen wurde heute das Urteil gefällt. Sämtliche Angeklagten wurden freigesprochen.

Das Gericht erkannte an, daß die Zeugen Paris, Arnold und Frau Wolf beleidigt und mißhandelt seien. Dafür käme nur der Angeklagte Göbel und weitere Zeitfreiwillige in Betracht, die nicht unter den Angeklagten seien. Die Feststellung dieser Tatsachen wäre Aufgabe eines weiteren Verfahrens.

H. E. Ein neues Schandurteil der durch Stahlhelm und Richterbarrett gleichmäßig gefördert und gehätschelten Kontroversen in Deutschland reißt sich wüthig in die Länge Reihe der andern; eine neue Komödie und Groteske deutscher Jurisprudenz der Nachkriegszeit hat ihren Endakt erlebt. Die reaktionären Cliquen, die verkommenen Studier-Gesichter, die nach Putscholln duftenden Dämchen der zahlungsfähigen Bourgeoisie und sie alle, alle, die auf den Zuhörerbänken des Marburger Kriegesgerichts mit Herz und Seele bei den bluttriefenden Morden auf der Anklagebank waren, verlassen hochbefriedigt den Saal der Gerechtigkeit. Gerechtigkeit! ein Hohngelächter der Hölle muß erlösen, wo noch jemand dieses Wort zwischen Frankreich und dem Böhmerwald in den Mund nimmt.

Marburg war von jeher die Amüsierstadt des Korporalstudenten. Es war schon früher die bevorzugte Pflanzstätte bonviventer, akademisch sich gebender Reaktion. Eingebettet in das Zentrum des blödesten deutschen Antisemitismus gaben sich hier alle Anholde des Korps- und Kastengesetzes und jener stupiden Kultur der Schmilse, die andre Völker an das Wiederkommen der Hunnen fatal erinnerte, ein Stillsitzen. Walter Bloem, der Evangelist des halbverdorbenen deutschen Backfischs, läßt nicht umsonst seinen süßlich-sentimentalen, nach Bier und Jodsalz gleichmäßig duftenden Studentenroman: „Der traffe Fuchs“, eines der meistgelesenen Bücher des deutschen Bürgerjalous, in diesem Nest an der Lahn spielen. Dort trägt die echte, die unverfälschte Bourgeoisie, für die ja Bloem Zeilen schindet, mit ihrer ganzen brutalen Klassenmoral bunte Mützen und dreifarbige Bänder. Dort pflegt der Nachwuchs der deutschen Herrenklasse seinen Standesdünkel mit besonderem Eifer und bereitet sich besonders würdig auf seinen Beruf vor, der Väter Geldschränke mit Krallen und mit Nägeln zu verteidigen.

Der Marburger Prozeß gegen die Zeitfreiwilligen-Mörder hat schreckliche Bilder tierischer Verrohung und kanakischer Amokläufer gegen die Revolution und gegen die Arbeiterklasse entrollt, in der der Klasseninstinkt des Bürgerturns den großen Gegner wittert, der seine Macht fällen wird. Was war geschiefen? Eine Marburger Zeitfreiwilligen-Studentenkompanie war während der Kappzage ohne jeden offiziellen Auftrag, lediglich auf vage Angabe eines Spähers hin nach Thüringen im Dienste des Lütkwiltz-Verbrechens losmarschiert, hatte auf dem Marsch schwarz-weiß-rote Fahnen, die Farben der Ehrhardt-Brigaden, entrollt und gedacht, die Republik glorreich mit Füßen zu treten. Auf Seiten der Thüringer Arbeiterschaft, die gegen dies Verbrechen sich erhob, war von vornherein auch jeder Versuch des geschriebenen Rechts. Als der Kappraum der Leutnants und Studentchen in Berlin aber bald ein schnelles Ende gefunden hatte, wuchs in ihnen, und vor allem auch in den Marburger zeitfreiwilligen „Ordnungsstücken“, die Mut gegen das Proletariat ins Maßlose. 16 Arbeiter — im schnarrenden Jargon des Korps und des Kaffinos waren sie natürlich alle „Spartakisten“ — wurden von der Kompanie ohne irgendwelchen Haftbefehl bei Nacht und Nebel aus ihren Wohnungen geholt nach Gotha mitgeschleppt, unterwegs brutal mißhandelt und schließlich — „auf der Flucht erschossen“. Das Verbrechen an Liebknecht und Luxemburg, an Jostiches und jetzt zuletzt an Hans Baasche in sechsfacher Potenz! Ganze Salven sind nach dem Sachverständigenbefund auf die Opfer abgegeben worden. Die Schüsse trafen die Unglücklichen teils von hinten, teils von der Seite, teils aber auch von vorn. Alle stiegen aus unmittelbarer Nähe. Alle hundert Meter auf der Chaussee dieselbe rote, widerliche Blutlache. Ein Zeuge bekundet, daß die Gefangenen an einer Stelle im Halbkreis mit den Füßen dicht aneinander gelegen haben, die Köpfe im Abstand von zwei Meter, so daß sie gar nicht auf der Flucht erschossen sein konnten. Es herrschte ferner dichter Nebel, in dem man nicht vier Meter weit deutlich sehen konnte; mindestens einer der abgegebenen Schüsse hätte also, wenn wirklich Flucht vorhanden gewesen wäre, den Fliehenden nur streifen müssen. Alle Schüsse aber waren unmittelbar tödlich. Aber es ist auch durch Zeugenaussagen festzustellen, wie die „Flucht“ der Erhöhenen bewerkstelligt wurde: